



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion



Europaarbeit in den Kommunen – Motive, Inhalte, Mehrwert

Eine Handreichung der Deutschen Sektion des
Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

erarbeitet vom RGRE Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europaarbeit wird in den Kommunen immer wichtiger. Zunehmend beeinflussen europäische Vorgaben das Leben und Handeln vor Ort.

Deswegen haben wir die Arbeitshilfe »Europaarbeit in den Kommunen« auf Anregung und unter Mitarbeit von Mitgliedern unseres RGRE-Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten entwickelt. Dieser Kreis von kommunalen EU-Beauftragten wurde vor mehr als 10 Jahren gegründet und umfasst mittlerweile mehr als 100 Mitglieder bundesweit. Im Rahmen ihrer Treffen, die zweimal im Jahr stattfinden, tauschen sich die Mitglieder über die verschiedensten Themen mit aktuellem kommunalem Europaabzug aus.

Die Broschüre stellt die unterschiedlichen Elemente der kommunalen Europaarbeit in verschiedenen Modulen dar. Wir wollen damit den Kolleginnen und Kollegen aus den Verwaltungen und der Kommunalpolitik aufzeigen, welche Inhalte und Motive, aber auch welchen Mehrwert die Europaarbeit in den Kommunen im Tagesgeschäft bieten kann.

Wie wichtig die Befassung mit europäischen Themen für die Kommunen ist, zeigt die aktuelle Debatte über die Pläne der EU-Kommission, Dienstleistungskonzessionen dem europäischen Vergaberegime zu unterwerfen – ein Vorhaben, das in Deutschland zu tiefgreifenden Veränderungen im Bereich der Wasserversorgung geführt hätte. Dank

des Einsatzes auch des RGRE ist es gelungen, die Wasserversorgung nunmehr vollständig aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herauszunehmen.

Europäische Politik ist heute über weite Strecken Kommunalpolitik in dem Sinne, dass sie kommunale Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche betrifft. Das erfordert von den Kommunen, dass sie sich mit »Europa« auseinandersetzen und sich einmischen. Eine in diesem Verständnis »europafite Kommune« ist eines der Anliegen des RGRE. Diesem Ziel dient die vorliegende Broschüre.

Die rege Nachfrage nach unserer Arbeitshilfe zeigt uns, dass sie von Ihnen als geeignetes Instrument angenommen wird. Dies werten wir als Bestätigung, aber auch als Ansporn für unsere Arbeit.

Mit den besten Wünschen grüßen Sie



Karl-Heinz Schäfer

Präsident der Deutschen Sektion
des Rates der Gemeinden und Regionen Europas



Dr. Gerd Landsberg

Generalsekretär der Deutschen Sektion
des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

Einleitung

Mit der vorliegenden Handreichung soll den mit kommunaler Europaarbeit Betrauten in den Kommunalverwaltungen eine Arbeitshilfe zur Verfügung gestellt werden, in der erstmals die Inhalte dieser Arbeit und der damit zusammenhängende Mehrwert komprimiert dargestellt werden.

Der Anstoß für eine solche Handreichung kam aus dem Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten des RGRE/Deutsche Sektion. Ziel sollte es sein, die Aufgabe der kommunalen Europabüros und ihrer Arbeit zu definieren und zu positionieren. Zudem sollte der Dienstleistungscharakter der Europaarbeit erläutert und die Europaaktivitäten sichtbar gemacht werden. Um eine seriöse Basis für die Aussagen zu erhalten, führte die RGRE-Geschäftsstelle unter den Mitgliedern des Arbeitskreises eine Umfrage zu Strukturierung und Ausgestaltung kommunaler Europaarbeit durch, bei der sich – neben allen Unterschiedlichkeiten – deutlich viele gemeinsame Nenner in der kommunalen Europaarbeit herauskristallisierten, und die sich nun in der vorliegenden Arbeitshilfe wiederfinden. Ein wichtiger Aspekt in unserem Papier stellen neben der Darstellung der Inhalte und Strukturen die Aussagen über die unterschiedlichen Mehrwerte kommunaler Europaarbeit dar.

Das vorliegende Papier gliedert sich in die folgenden Abschnitte:

I.

Säulen der kommunalen Europaarbeit: In dieser grafischen Darstellung sind »auf einen Blick« die Hauptinhalte der kommunalen Europaarbeit dargestellt.

II.

Inhalte der kommunalen Europaarbeit: In diesem Teil werden die in → I. grafisch dargestellten Module näher beschrieben.

III.

Synopse »Mehrwert kommunaler Europaarbeit«: Es werden die Mehrwertfaktoren kommunaler Europaarbeit aufgeführt und im Hinblick auf den Nutzen der Zielgruppen zugeordnet.

IV.

Formen und Organisationsmuster kommunaler Europaarbeit: Dieser Abschnitt stellt die unterschiedlichen Strukturen der Europareferate dar sowie ihre wechselseitigen Verbindungen mit anderen Bereichen in deutschen Kommunalverwaltungen in der Politik.



→ Seite 6

→ Seite 8

→ Seite 12

→ Seite 14

Ziel dieser Handreichung ist nicht, den »Königsweg« kommunaler Europaarbeit aufzuzeigen. Vielmehr sollen die bestehende Vielfalt und unterschiedlichen Aspekte einer solchen Arbeit vermittelt werden. Und nicht zuletzt soll das Papier im Hinblick auf das, was kommunale Europaarbeit leistet und bewirken kann, auch eine aussagekräftige Darstellung gegenüber den Verantwortlichen und Entscheidern in Kommune und Politik sein.

I. Säulen der kommunalen Europaarbeit



Vernetzung

Intern:

Breite Verankerung des Themas Europa in der Verwaltung.

Extern:

- Kommunale Spitzenverbände,
- Hochschulen,
- IHK's,
- territoriale Zusammenschlüsse,
- Fachverbände,
- Themennetzwerke,
- Kontakt zu europäischen Institutionen,
- andere Europa-beauftragte



Europafähigkeit der Verwaltung

- Ausbildung,
- Fortbildung,
- Hospitationen,
- Gesprächsrunden,
- Arbeitskreise



Kommunikation und Information

Fördermittelakquise

Einflussnahme auf und Ausfluss von EU-Rechtsetzung und EU-Politik

Informationen aus/über Brüssel

- vorsondieren,
- aufbereiten,
- weiterleiten,
- nachhalten.

Intern:
 Intranetseite »Europa«, Newsletter, Gesprächsrunden

Extern:
 Information der Bürgerinnen und Bürger wie bspw. Promo-Touren, Infoabende, Wettbewerbe, Internetseite »Europa«

Klassische Aufgabe des Europabüros:

- Begleitung bei der Planung und Durchführung europäischer Projekte,
- Breiter europäischer Erfahrungsaustausch,
- Steigerung der Europafähigkeit der Verwaltung

Bündelungsfunktion des Europabüros:

- Horchposten,
- Drehscheibe,
- Beteiligung an Arbeitsgruppen des CEMR,
- Kontakt zu Europa-abgeordneten,
- Beteiligung an Grünbüchern und Stellungnahmen

II. Inhalte kommunaler Europaarbeit



1. Vernetzung

Vernetzung dient ganz allgemein dem Zweck, mit Personen und Organisationen ein Informations- und Kommunikationsgeflecht aufzubauen und zu pflegen. Bei der Vernetzung sind zwei Bereiche zu unterscheiden:

a. Interne Vernetzung

Die interne Vernetzung ist das Bemühen, innerhalb der Verwaltung ein Netzwerk der Personen und Einheiten aufzubauen, die an der kommunalen Europaarbeit beteiligt sind bzw. die am EU-bezogenen Informationsfluss teilhaben sollen. Es geht um Ansprechpartner in den einzelnen Fachdezernaten und ggf. auch im Rat und in den Fraktionen, über die sichergestellt wird, dass das Thema Europa und die Erreichung der europäischen Zielsetzungen (siehe I.) der Kommune breit verankert werden. Es geht um die Schaffung eines internen europäischen Aktionsbündnisses in der Verwaltung und ggf. unter Miteinbeziehung des Rates.

b. Externe Vernetzung

Die externe europapolitische Vernetzung auf kommunaler Ebene dient dem Erfahrungsaustausch und dem gegenseitigen Lernen; sie bietet ein Forum für die eigene europapolitische Profilierung. Sie kann national und international erfolgen. Die Formen nationaler Vernetzung reichen von der aktiven Mitarbeit zu europapolitischen Themen in den kommunalen Spitzenverbänden über die Zusammenarbeit mit Hochschulen und der örtlichen IHK bis zur Mitwirkung in territorialen Zusammenschlüssen wie z. B. den europäischen Metropolregionen. Die gängigste Form der internationalen Vernetzung sind europäische Verbände mit kommunalem Bezug. Dazu zählen z. B. thematisch breit aufgestellte Kommunalverbände wie der RGRE oder Eurocities, aber auch Fachverbände und Netzwerke mit spezifischen Themenschwerpunkten wie z. B. POLIS (Verkehrsfragen) oder der Konvent der Bürgermeister (kommunale Klimapolitik).

2. Europafähigkeit der Verwaltung

Unter dem Begriff »Europafähigkeit« versteht man alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Verwaltung fit zu machen für den Umgang mit dem Thema Europa. Dazu zählen kommunale Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (intern und extern) im Bereich Europa, die Förderung der Fremdsprachenkenntnisse (vor allem Englisch, da dies inzwischen die lingua franca der EU-Akteure ist), die Ausbildung eines Antrags- und Durchführungs-Know-hows in den EU Förderprogrammen, die Kenntnis des europäischen Institutionengeflechts, der europarechtlichen Grundlagen und der europäischen Entscheidungsverfahren, um zielgenau eigene Interessen einbringen zu können und die Schulung (z. B. durch Hospitationen in den Partnerstädten) in dem, was man interkulturelle Kompetenz nennt, d.h. die Kenntnis der unterschiedlichen Mentalitäten und Kulturen (inklusive Verwaltungskulturen), um in der europäischen Vernetzung kompetent und erfolgreich agieren zu können. Ein besonderes Übungsfeld ist in dieser Hinsicht auch die Beteiligung an EU geförderten Projekten (II.4.).

3. Kommunikation und Information

Auch beim Thema Kommunikation ist zwischen der internen und der externen Kommunikation zu unterscheiden. Die interne Kommunikation bezeichnet das Bemühen, die Verwaltung über aktuelle kommunalrelevante Vorgänge auf dem Laufenden zu halten. Die Erfahrung zeigt, dass die Fachdezernate der Kommunalverwaltungen in der Regel nicht von sich aus die für sie relevanten Europainformationen beschaffen. Europainformation ist für die europaaktive Kommune eine Bringschuld gegenüber ihrer Verwaltung. Unter externer Information versteht man die Europainformation der Bürger/innen der kommunalen Gebietskörperschaft.



4. Fördermittelakquise

Die Förderprogramme der EU üben ohne Zweifel eine besondere Faszination aus und beflügeln so manches kommunale Europaengagement. Erfreulicherweise hat hier in den letzten Jahren eine realistischere Herangehensweise das falsche Bild von dem Brüsseler Goldesel, der aus kommunalen Finanzengpässen hilft, verdrängt. Damit sind EU-Förderprogramme aber keineswegs unattraktiver. Wenn am Beginn eines von der EU geförderten Projekts nicht das Schielen nach EU-Fördergeldern steht, für die man versucht, ein Projekt zu konstruieren, sondern umgekehrt das kommunale Projekt der Ausgangspunkt ist, für das man sich nach einem passenden Förderprogramm umsieht, dann ist eine EU-Fördergelderakquise nicht nur sinnvoll, sondern bietet darüber hinaus auch noch weiteren Nutzen. Da EU-Fördermittel grundsätzlich mehrere EU-Mitgliedstaaten und teilweise auch Kandidatenländer umfassen, bieten sie die Möglichkeit zum kommunalen europäischen Erfahrungsaustausch und tragen zusätzlich zur Europafähigkeit der Verwaltung bei (siehe auch II.2.).

5. Einflussnahme auf und Ausfluss von EU-Rechtsetzung und EU-Politik

Städten, Gemeinden und Kreisen, die unter Europaarbeit auch die Mitwirkung an der kommunalen Positionierung in kommunalrelevanten Europaangelegenheiten verstehen, stehen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer Ebene derartige Möglichkeiten zur Verfügung. Auf nationaler Ebene bieten sich die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) als Adressaten kommunaler Einflussnahme an. Sie positionieren sich regelmäßig zu kommunalrelevanten Vorhaben der EU. Auf europäischer Ebene gibt es eine Vielzahl von Verbänden und Netzwerken (siehe II.1b), über die deutsche Städte, Gemeinden und Kreise ebenfalls an der »europäischen Kommunalpolitik« teilhaben und Einfluss nehmen können. So bietet z.B. der RGRE seinen Mitgliedskommunen die Teilnahme an den fachspezifischen Arbeitsgruppen des europäischen Dachverbandes (CEMR) an, in denen die europapolitischen Stellungnahmen des Europäischen Dachverbandes zu kommunalrelevanten Vorhaben der EU entwickelt werden. Der regelmäßige Kontakt zu den Europaabgeordneten aus der jeweiligen Region ist ein weiteres Instrument, um kommunale Positionen in den europapolitischen Prozess einzubringen.

III. Synopse

»Mehrwert der kommunalen Europaarbeit«

Mehrwert der kommunalen Europaarbeit:	zugunsten von		
	Politik	Verwaltung	Bürger/ Bürgerinnen
Außenwirtschaftsförderung durch europäische Verbundprojekte	■	■	
Basis für den Dialog in der Bürgergesellschaft	■	■	■
Bewusstseinsentwicklung für eine europäische Bürgerschaft	■		■
Chance von Kooperation mit Partnern vor Ort (z.B. IHK, Schulen, Nachbarkommunen)		■	
Einbindung von Sachverstand, der sonst nicht eingebunden würde (z.B. Hochschulen, NGO, Bürger)		■	■
Einbindung von unterschiedlichen Hintergründen (z.B. Menschen mit Migrationshintergrund)	■	■	■
Eindeutige Ausrichtung der Verwaltung auf eine einheitliche Europapolitik		■	
Erhöhung der Problemlösungskompetenz durch Erfahrungsaustausch und Vernetzung	■	■	
Erhöhung Sprachkompetenz		■	■
Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums: gespartes Budget kann an anderer Stelle verwendet werden	■	■	■
EU-Politik und/oder Rechtssetzungsverfahren im kommunalen Sinne beeinflussen/durchsetzen	■		
Kompetenzgewinn durch fachlichen Austausch mit europäischen Kommunen in bestehenden oder neuen Netzwerken	■	■	
Mehrwert bei Mitarbeitern (Sprachkompetenz, interkulturelle Zusammenarbeit, Motivation, Know-how)		■	

Mehrwert der kommunalen Europaarbeit:	zugunsten von		
	Politik	Verwaltung	Bürger/ Bürgerinnen
Qualifizierung (intern/extern)		■	■
Realisierung von Projekten durch EU-Förderprogramme, die rein kommunal nicht zu realisieren sind		■	■
Rechtfertigung für die Arbeit an Fragestellungen von Morgen	■		
Rechtzeitige Vorbereitung der Kommunen auf EU-Maßnahmen/Verlängerung der Vorbereitungszeit	■	■	
Rechtzeitige Information der BürgerInnen über zu erwartende Rechts- bzw. Verfahrensänderungen auf Grund der europäischen Gesetzgebung	■	■	■
Standards sichern/halten/mitentwickeln	■	■	■
Stärkere Profilierung der Stadt; Imagesteigerung »Marke« Stadt/Gemeinde/Kreis; Stärkung Wirtschaftsstandort; Eigene Präsentation in Brüssel	■	■	
Stärkung kommunaler Partnerschaften	■		■
Steigerung und Verstetigung der interkulturellen Kompetenz durch den europäischen Austausch insbes. im Bereich Bildung und Kultur in Verwaltung und Bürgerschaft	■	■	■
Verbesserung der Lebensumstände je nach Zielgruppe	■		■
Zukunftsfähigkeit entwickeln/steigern	■	■	■

IV. Formen und Organisationsmuster kommunaler Europaarbeit



1. Europareferat / Europabüro / Europabeauftragte

Die Erfahrung zeigt, dass die Europaarbeit in den Kommunen einer Verankerung in einer Stabsstelle bedarf. Die Überlegung, dass das Thema »Europa« den jeweiligen Themen- bzw. Arbeitsbereichen entsprechend in den Fachdezernaten einer Verwaltung eigenständig wahrgenommen wird, trägt in der Praxis nicht. Daher verfügen alle Kommunen, die in irgendeiner Weise Europaarbeit betreiben, über entsprechende Stellen, die zwar unterschiedliche Bezeichnungen tragen, denen aber eines gemeinsam ist, nämlich die Zuständigkeit für das Thema Europa im Sinne einer Querschnittsaufgabe.

Die kommunale Europaarbeit bedarf einer Einheit, die das Brüsseler Geschehen sichtet, strukturiert, analysiert und bewertet. Sie braucht kundige Pfadfinder, die Klarheit schaffen im Dickicht des europäischen Geschehens. Dies ist in aller Regel von den Fachdezernaten kommunaler Verwaltungen neben ihrer »normalen« Arbeit nicht zu leisten.

Die Europareferate / Europabüros / Europabeauftragten sind in diesem Sinne Dienstleister für die Kommunalverwaltung. Sie sorgen für die Information über kommunalrelevante europäische Vorhaben, sie sind Netzungs-, Fortbildungs- und Kommunikati-

onsakteur (Internetauftritt in Sachen Europa, Bereitstellung von Informationen für die Verwaltung im Intranet und europabezogene Pressearbeit) und verantworten in der Regel auch die Bürgerinformation in Sachen EU.

Die organisatorische Anbindung der Stabsstelle Europa ist in den deutschen Kommunen nicht einheitlich. Die Zuständigkeit kann beim Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat, oder aber in einem Fachbereich (z.B. Wirtschaftsförderung, Kulturamt, Kämmerei) liegen. Die Zuordnung zum Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landrat) hat aus der Sicht der Praxis¹ den Vorteil, dass damit die Stellung der Stabsstelle innerhalb der Verwaltung gestärkt wird. Das Thema Europa erhält durch die Anbindung »ganz oben« mehr Gewicht innerhalb der Verwaltung und verleiht der damit betrauten Stabsstelle mehr Durchsetzungskraft bei einem Thema, das wegen der damit verbundenen Mehrarbeit in den Fachdezernaten nicht immer auf Begeisterung stößt.

¹ Ergebnisse einer Umfrage: EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden.

Von Werner Heinz, Andrea Jonas, Vera Völker und Klaus Mittag. Difu-Materialien, 5, 2006, 186 S., ISBN: 978-3-88118-419-9.

2. Europabeauftragte in den Dezernaten der Verwaltung

Einige Kommunen haben zusätzlich zur Stabsstelle Europa auch noch Europabeauftragte in den einzelnen Fachdezernaten der Verwaltung eingerichtet. Bei diesem dezentralen Ansatz kommunaler Europaarbeit erhält die Stabsstelle gewissermaßen Partner in den Fachabteilungen, auf die sie sich stützen kann. Diese haben die Verantwortung für das Thema Europa in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich zu betreuen. Der Stabsstelle fällt in diesem System in verstärktem Maße eine koordinierende Rolle zu.

3. Europaausschuss – Einbindung der Kommunalpolitiker/innen

Zentraler Akteur kommunaler Europaarbeit ist die Verwaltung. Zunehmend setzt sich allerdings die Ansicht durch, dass auch die Kommunalpolitiker/innen bei dem Thema eine Rolle spielen sollen. Die Einbindung der Kommunalpolitik in die kommunale Europaarbeit wird in aller Regel als eine konsequente Erweiterung des kommunalen Europaengagements verstanden. Einige Kommunen verfügen daher über Ratsausschüsse, in denen Europathemen einen festen Platz haben.

Darüber hinaus wird im Rahmen der europapolitischen Aktivierung der Kommunalpolitik dafür geworben, Mitglieder des Rates auch an den Vernetzungsstrukturen teilhaben zu lassen, etwa durch das Angebot, an den europapolitischen Aktivitäten der Netzwerke teilzunehmen.



Beschluss des Präsidiums der Deutschen Sektion des RGRE anlässlich seiner 103. Sitzung am 2. Mai 2012 in Stuttgart

Das Präsidium nimmt die im RGRE-Arbeitskreis der Europa- und Förderreferenten erarbeitete Handreichung zur Europaarbeit in den Kommunen zustimmend zur Kenntnis.

Das Präsidium begrüßt das in den vergangenen Jahren gewachsene Engagement der Städte, Gemeinden und Kreise in den kommunalrelevanten Politikbereichen der Europäischen Union. Die Europäische Union berührt in vielen Bereichen kommunale Kompetenz- und Aufgabenbereiche. In diesem Sinne ist europäische Politik zunehmend auch europäische Kommunalpolitik. Darüber hinaus ist die Rolle der Kommunen in der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon (Erwähnung der kommunalen Selbstverwaltung; Erwähnung im Subsidiaritätsartikel; Dialog- und Konsultationsgebote) wesentlich gestärkt worden. Beide Aspekte verlangen europaaktive Kommunen, die ihr Gewicht und ihre Stimme in Angelegenheiten der Europäischen Union einbringen und ihrer Rolle als Mittler zwischen den Bürgern und der Europäischen Union gerecht werden.

Das Präsidium appelliert daher an die Mitgliedskommunen, ihr Europaengagement auch vor dem Hintergrund einer schwierigen finanziellen Situation beizubehalten und dieses als eine Investition in die Zukunft zu betrachten.

Die in der Deutschen Sektion des RGRE erarbeitete Handreichung zur Europaarbeit in den Kommunen soll veranschaulichen, worin der Mehrwert kommunaler Europaarbeit liegen kann und helfen, die Nützlichkeit dieses Aufgabenbereichs für die Kommunen zu verdeutlichen.

Darüber hinaus kann die Handreichung auch Anregung zur Gestaltung der eigenen Europaarbeit bzw. Anregung für diejenigen Kommunen sein, die in die kommunale Europaarbeit einsteigen wollen.

EU-Vertrag – Titel II – Bestimmungen über die demokratischen Grundsätze (Art. 9–12)

Artikel 11

- (1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.
- (2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.
- (3) Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.

Adressen

Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin
Gereonstraße 18-32, 50670 Köln
Avenue des Nerviens 9-31, B-1040 Brüssel
<http://www.staedtetag.de>

Deutscher Landkreistag

Lennéstraße 11, 10785 Berlin
Avenue des Nerviens 9-31, B-1040 Brüssel
<http://www.landkreistag.de>

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Marienstr. 6, 12207 Berlin
August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn
Avenue des Nerviens 9-31, B-1040 Brüssel
<http://www.dstgb.de>

Europäische Kommission

Rue de la Loi / Wetstraat 200, B-1049 Brüssel
http://ec.europa.eu/index_de.htm

Vertretung der
Europäischen Kommission in Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm

Europäisches Parlament

Allée du Printemps, F-67070 Straßbourg Cedex
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
<http://www.europarl.europa.eu>

Informationsbüro für Deutschland
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
<http://www.europarl.de>

Ausschuss der Regionen

Gebäude Jacques Delors
Rue Belliard/Belliardstraat 99-101,
B-1040 Brüssel
<http://cor.europa.eu>

Council of European Municipalities and Regions

15 Rue de Richelieu, F-75001 Paris
1 Square de Meeûs, B-1000 Brüssel
<http://www.ccre.org>

Impressum

Herausgeber:

Rat der Gemeinden und Regionen Europas

Deutsche Sektion

Gereonstraße 18-32

50670 Köln

Tel. 02 21-37 71-0

Fax 02 21-37 71-1 28

post@rgre.de

www.rgre.de

Redaktion und Ansprechpartnerin:

Ines Spengler

ines.spengler@staedtetag.de

Gestaltung und Realisation:

www.kippconcept.de

Fotos:

Fotolia: Sergej Khackimullin (S. 7/4);

iStockphoto: Jeremy Edwards (S. 6-7),

aleksandar velasevic (S. 6/1),

kristian sekulic (S. 6/2),

kizilkayaphotos (S. 7/3),

Robert Billstone (S. 7/5),

Sergey Panteleev (S. 12-13);

A-Digit (S. 15); photocase (S. 8);

Pitopia / ArTo, 2011 (Titel)

Druck:

Engelhardt, Neunkirchen

Stand 7/2013

**Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion**

Gereonstraße 18-32
50670 Köln

Tel. 02 21-37 71-0
Fax 02 21-37 71-1 28

post@rgre.de
www.rgre.de

